



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 31. Oktober 2017
Kantonsratspräsidentin Vroni Thalmann-Bieri

B 87 B Totalrevision des Energiegesetzes und Volksinitiative “Energiezukunft Luzern”; Entwürfe Kantonaues Energiegesetz und Kantonsratsbeschluss über die Volksinitiative - Kantonsratsbeschluss über die Volksinitiative “Energiezukunft Luzern” / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Antrag Brücker Urs zu Ziffer 2: Die Volksinitiative wird angenommen.

Urs Brücker: Die GLP-Fraktion hält an ihrer Initiative fest.

Für die Kommission Raumplanung, Umwelt und Energie (RUEK) spricht
Kommissionspräsident Josef Dissler.

Josef Dissler: Die RUEK hat die Initiative mit 10 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Hasan Candan: Die SP-Fraktion stimmt der Initiative zu. Wir möchten die GLP bei ihrem Anliegen, bis ins Jahr 2030 15 Prozent des Stromverbrauchs mit Fotovoltaikanlagen zu produzieren, unterstützen und wünschen uns einen fortschrittlichen Kanton, der auf erneuerbare Energien setzt. Zudem soll die Wertschöpfung im Kanton bleiben.

Andreas Hofer: Die Grüne Fraktion ist mit der Forderung der GLP einverstanden, dass bis ins Jahr 2030 15 Prozent des Stromverbrauchs mit Fotovoltaikanlagen produziert werden sollen. Daher stimmen wir der Initiative zu.

Reto Frank: Die SVP-Fraktion lehnt die Initiative ab.

Ruedi Burkard: Die FDP-Fraktion macht beliebt, dass die Initianten ihre Initiative zurückziehen sollen. Andernfalls lehnt die FDP-Fraktion die Initiative ab.

Jürg Meyer: Die GLP hat mit der Initiative Druck gemacht und massgeblich dazu beigetragen, dass dem Energiegesetz nach der 1. Beratung zugestimmt wurde. Da die wichtigsten Ziele der Initiative erreicht worden sind, schlage ich ebenfalls vor, dass die GLP-Fraktion ihre Initiative zurückzieht. Andernfalls lehnt die CVP-Fraktion die Initiative ab.

Michèle Graber: Die GLP hat die Initiative eingereicht, damit möglichst schnell ein neues Energiegesetz erarbeitet wird. Es handelt sich um eine Initiative der Partei, daher können wir die Initiative heute nicht einfach zurückziehen. Wir beraten uns aber nochmals und werden die Initiative frühestens nach der 2. Beratung und nach Ablauf der Referendumsfrist zurückziehen.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng.

Robert Küng: Die Initiative beinhaltet fünf Punkte, vier davon haben wir im Energiegesetz aufgenommen. Den Punkt 3, bis ins Jahr 2030 15 Prozent des Stromverbrauchs mit Fotovoltaikanlagen zu produzieren, haben wir als nicht realistisch eingeschätzt. Die Regierung beantragt deshalb, die Initiative abzulehnen. Ich danke der GLP für Ihre Bereitschaft, einen Rückzug ihrer Initiative zu prüfen.

Der Rat lehnt den Antrag mit 80 zu 28 Stimmen ab.

Die Schlussabstimmung zum Kantonsratsbeschluss über die Volksinitiative „Energiezukunft Luzern“ findet nach der 2. Beratung des Kantonalen Energiegesetzes statt.